

Regierungsratsbeschluss

vom 12. August 2003

Nr. 2003/1400

KR.Nr. I 106/2003 VWD

**Interpellation Kurt Friedli (CVP, Hägendorf): Palais de l'Equilibre (25.06.2003);
Stellungnahme des Regierungsrates**

1. Vorstosstext

In der Diskussion zu der Vergabe des Palais de l'Equilibre (Expo 02) ist eine neue Ausgangslage entstanden, indem die geplante Verschenkung nach Genf im Bundesrat neu diskutiert werden muss. Das Gewerbe (im Wesentlichen die Holzbranche) sowie die Gemeinde (Region) Oensingen ist gewillt, den Palaisstandort Oensingen zu unterstützen und hat entsprechende Investitionen vorgesehen. In der Presse war nachzulesen, dass es sich dabei um insgesamt 300'000 Franken handelt.

1. Wie gedenkt der Regierungsrat dieses Projekt zu unterstützen um der Region und somit dem Kanton eine neue Arbeitsplatzsituation (30 - 40 Arbeitsplätze) sowie eine touristische Attraktion zu ermöglichen?
2. Sollte sich der Kanton inskünftig bei solchen Projekten strategisch nicht besser in der Bundespolitik positionieren (man denke an die Nichtberücksichtigung bei der Vergabe von Casinobewilligungen u.a.)?
3. Welche Einsätze sind dabei vorgesehen um dem Kanton den entsprechenden Stellenwert zu ermöglichen?

2. Begründung (Vorstosstext)

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Allgemeines

Die Absicht, eines der architektonischen Expo.02-Vorzeigeprojekte, welches mit überwiegend positiven Emotionen bei der Schweizer Bevölkerung und ausländischen Expo-Besuchern verbunden ist, nach Oensingen an einen attraktiven Standort zu bringen und mit einem «Zweiten Leben» zu versehen, verdient Anerkennung und Unterstützung.

3.2 Zu Frage 1

Die Errichtung des Palais de l'Equilibre in Oensingen würde den Zuzug einer neuen Betriebsstätte darstellen. Die kantonale Wirtschaftsförderung ist beauftragt, bei Neuansiedlungen, in enger Zusammenarbeit mit ihren regionalen Partnern und den Standortgemeinden, das gesamte Spektrum der ihr zur Verfügung stehenden Dienstleistungen anzubieten. Darunter fallen auch einzelbetriebliche Fördermassnahmen finanzieller und steuerlicher Art. Die Wirtschaftsförderung hat den Projektanten nach

Eingang aller notwendigen Gesuchsunterlagen innert Wochenfrist schriftlich signalisiert, dass Unterstützungsmöglichkeiten mit einer Bürgschaft bis max. 500'000 Franken über unseren Netzwerkpartner «Bürgschaftsgenossenschaft des solothurnischen Gewerbes (BSG)» bestehen und zusätzlich aus Mitteln der Wirtschaftsförderung die Übernahme der Risikoprämie und der Gesuchsprüfungskommission im Umfang von max. 30'000 Franken denkbar ist. Weitergehende Unterstützungsmöglichkeiten, wie die ursprünglich beantragten 300'000 Fr., überschreiten den vertretbaren Rahmen und insbesondere auch die Budgetmöglichkeiten der Wirtschaftsförderung.

3.3 Zu Frage 2

Wir sind der Auffassung, dass sich der Kanton bisher gut in die Bundespolitik eingebracht hat. Aktuelle Beispiele wie das Briefpostzentrum (REMA), das Rail Control Center (RCC), der Übungstunnel des Interkantonalen Feuerwehrausbildungszentrums (ifa) in Balsthal, aber auch die Ansiedlung des «Lehrverbandes Genie und Rettung» des VBS im Zeughaus in Solothurn sprechen eine deutliche Sprache. So hat beispielsweise beim Projekt REMA erst die dezidierte Intervention seitens des Kantons zur Ausweitung des ursprünglichen Projektperimeters, dem Korridor der SBB-Linie Zürich-Bern, mit schlechten Aussichten für den Kanton Solothurn, auf die Jura-Südfusslinie und damit zur heutigen, ausgesprochen guten Position im harten Standort-Wettbewerb um dieses begehrte Zentrum geführt

Nicht immer aber sind die Voraussetzungen zu einer guten Positionierung in die Bundespolitik gegeben. Das zur Debatte stehende Projekt «Paleq» beispielsweise wurde knapp einen Monat vor «Entscheidung» des Bundesrates den zuständigen Personen im Amt für Wirtschaft und Arbeit, bzw. in der Wirtschaftsförderung, präsentiert. In einer derart kurzen Zeitspanne lässt es sich nicht optimal in die Bundespolitik einbringen. Vor allem liesse sich die Zusprache des Palais de l'Équilibre an das CERN in Genf nicht verhindern. Die Korrektur des Bundesrates zum Vorgehen eröffnet dem Kanton erneut die Chance, die Expo.02-Attraktion hierher zu holen. Dabei wird auch von einem entsprechenden Engagement der solothurnischen National- und Ständeräte ausgegangen.

3.4 Zu Frage 3

Die Interessenvertretung des Kantons in der Bundespolitik obliegt in erster Linie den neun eidgenössischen Parlamentarierinnen und -parlamentariern. In ausgewählten Fällen werden wir, wie bisher auch, aktiv. Und auf operativer Ebene werden im Bedarfsfall Arbeitskontakte der Verwaltung in die Bundesämter hinein aktiviert. Im Projektmanagement der Wirtschaftsförderung ist der Einbezug von Lobbying ein integrierender Bestandteil, welcher besonders dann benutzt wird, wenn die Standortvorteile und andere Qualitäten eines Projektes nicht schon von selbst für das Vorhaben sprechen. Die Initiative für ein aktives Engagement im Umfeld der nationalen Entscheidungsträger kann von verschiedenen Seiten her erfolgen. Die Wirtschaftsförderung wird auch in Zukunft alle Möglichkeiten des Projekt-Lobbyings nutzen und ausschöpfen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatschreiber

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2) GK-Nr. 2003119
Amt für Wirtschaft und Arbeit (3; moi, stu)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat